

Das Wochenmagazin der SPÖ spoe.at



Aktuelle

29. Oktober 2010 • Nr. 35

„Österreich 2020“-Kommentar
von SPÖ-Gesundheitssprecherin
Sabine Oberhauser

Budget- Einigung:

- Mehr Steuergerechtigkeit
- 400 Mio. Zukunftsinvestitionen
- Ausgewogene Sanierung



Die Erstellung eines Budgets ist die Regierungsaufgabe, die den Knackpunkt der Zusammenarbeit und der Qualität einer Regierung darstellt. Die SPÖ-geführte Regierung Faymann hat diese Herausforderung mit klarer sozialdemokratischer Handschrift gemeistert: Die SPÖ konnte sich mit dem Großteil ihrer einnahmenseitigen Forderungen, mit denen sie in die Verhandlungen ging, durchsetzen. Die verteilungspolitische Schwerpunktsetzung von Bundeskanzler Werner Faymann kann sich sehen lassen. Der überwiegende Teil der einnahmenseitigen Maßnahmen betrifft die arbeitende Bevölkerung nicht. Trotzdem muss es auch Einsparungen geben, um die enorme Last der Kosten der Wirtschaftskrise zu tragen. Hier waren schmerzliche Kompromisse mit dem Koalitionspartner nötig. Aber der SPÖ ist es gelungen, Schlimmeres zu verhindern und Investitionen in Zukunftsbereiche zu ermöglichen.

Im Vergleich zu anderen Ländern – Deutschland, Frankreich, England – sind wir glimpflich davongekommen. Und: In Österreich ist der Anteil, den Banken, Spekulanten und Super-Reiche zur Sanierung leisten, am höchsten.

Eure Redaktion

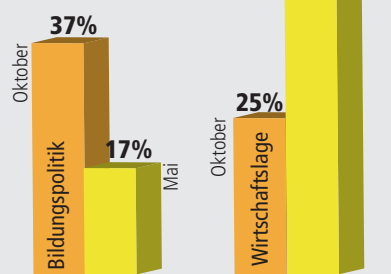
Highlights der Woche

Budget	4
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann	6
Investitionen in Infrastruktur	8
Investitionen in Bildung	9
Kommt Rot-Grün in Wien?	12
„Österreich 2020“-Kommentar von SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser	14

THEMEN DER WOCHE

Priorität Bildung

Welchem Thema sollte sich die Regierung am meisten widmen?



Bildung hat höchste Priorität

Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass die Österreicher hohen Wert auf Bildung legen. War noch im Mai das Thema Wirtschaftslage für die Bevölkerung von besonderer Bedeutung, ist es jetzt die Bildungspolitik. Dem trät die Regierung Rechnung: Im Budgetentwurf sind für Schulen und Universitäten 160 Millionen Euro pro Jahr an zusätzlichen Mitteln vorgesehen. ♦

Zitat der Woche

„Hätten wir eine SPÖ-Alleinregierung, gäbe es jetzt schon eine Börsenumsatzsteuer, eine Gruppenbesteuerung und eine Vermögenssteuer für die wirklich großen Vermögen. Ich musste diesen Kompromiss schließen, weil eine Koalition eben auch Kompromiss bedeutet.“

Bundeskanzler Werner Faymann zum Budget



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: Kein weiteres Geld vom Steuerzahler für die Kärntner Hypo-Bank.

Hypo: Steuerzahler nicht weiter belasten

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter sagt Nein zu weiteren Staatshafungen oder Verlustabdeckungen für die Kärntner Hypo-Alpe-Adria. Hypo-Aufsichtsrats-Chef Johannes Ditz hatte im aktuellen „trend“-Wirtschaftsmagazin angekündigt, „dass wir im worst case einen bestimmten Haftungsschirm brauchen könnten“. Für Kräuter sind solche „ersten taktischen Anläufe“ aus der Hypo für weiteres Geld vom Steuerzahler inakzeptabel: „Die Sanierungstruppe der Hypo soll sich gefälligst andere Maßnahmen als den neuerlichen Griff in die Taschen der Steuerzahler einfallen lassen.“

Neuerlich fordert der SPÖ-Bundesgeschäftsführer auch ein höheres Tempo bei der Aufarbeitung der Hypo-Machenschaften durch die Justiz: „Die Bevölkerung fordert lückenlose Aufklärung des Mega-Skandals, harte Bestrafung der Verantwortlichen und finanzpolitische Konsequenzen!“ ♦

Bundesheer – Startschuss für Zukunftsdebatte

Bis Jahresende soll eine neue Sicherheitsstrategie für Österreich stehen. Von ihr hängt die zukünftige Organisation des Bundesheeres ab.

Bundeskanzler Werner Faymann hat bei seiner Rede zum Nationalfeiertag den Startschuss für eine offene Diskussion über die zukünftigen Aufgaben und die daraus resultierende Organisation des Bundesheeres gegeben. Dabei sollen auch Erfahrungen und Modelle anderer Länder Europas, die sich für ein Berufsheer entschieden haben, einfließen. Im Auftrag von Verteidigungsminister Norbert Darabos werden zu diesem

Zweck derzeit verschiedene Wehrsystem-Modelle durchgerechnet. Bundeskanzler und Verteidigungsminister plädiert für eine Diskussion ohne Tabus und die Einbeziehung der Österreicherinnen und Österreicher bei einer derart wichtigen Frage. ♦

Bundeskanzler Werner Faymann und Verteidigungsminister Norbert Darabos wollen die Bevölkerung über die Zukunft des Bundesheeres mitentscheiden lassen.





Ausgewogen, aber noch Einiges vor

In harten Verhandlungen einigte sich die Regierung in der Vorwoche auf das Budget. Klar war, dass aufgrund des Konsolidierungsbedarfs Kürzungen unvermeidbar sein werden. Nicht vergessen werden sollte, dass Banken und Vermögende die Hauptlast der neuen Einnahmen tragen werden.

Am Ende konnte die Regierung unter Führung von Bundeskanzler Werner Faymann ein Ergebnis präsentieren, dass sich aus Sicht der SPÖ sehen lassen kann. Auch wenn es Wermutstropfen wie die Kürzungen bei der Familienförderung oder die höhere Mineralölsteuer gibt, wird das Budget ab dem Jahr 2011 ein gutes Stück gerechter sein. Diesen Erfolg dürfen wir uns jetzt nicht schlecht reden lassen. Was auch mitbedacht werden sollte: Die notwendigen Gesetzesentwürfe gehen jetzt erst in Begutachtung, bis zum endgültigen Beschluss im Dezember wird es sicher noch Gespräche über die exakte Ausgestaltung geben.

Unmittelbar nach der Präsentation der Budgeteinigung wurde medial die Frage aufgeworfen, ob die Regierung einen „großen Wurf“ erreicht hat. Eine Frage der Erwartungshaltung, wenn man sich das Ergebnis ansieht. Wer unter einem „großen Wurf“ versteht, die breite Bevölkerung zu belasten oder die Pensionen zu kürzen, wird sicher enttäuscht sein. Denn dazu wird es mit einer SPÖ-geführten Regierung nicht kommen. Wer jedoch an einen „großen Wurf“ denkt und damit meint, die geringste Arbeitslosigkeit in Europa zu haben, den Beziehern kleiner Pensionen eine maßvolle Erhöhung zugestehen zu können, in Bildung und Forschung zu investieren und trotzdem Schulden abzubauen, der liegt goldrichtig. Wir demonstrieren ganz klar: Die Zeiten von Schwarz-Blau sind vorbei.

Wir nehmen den Unmut wegen der geplanten Kürzungen im Familienbereich sehr ernst. Auch die höhere Mineralölsteuer war nicht unser Wunsch. Klar ist: Wir werden weiter für eine begrenzte Absetzbarkeit von Managergehältern, die Finanztransaktionssteuer und eine Steuer auf Vermögen über einer Million Euro kämpfen. Zwei Fakten sollten aber nicht vergessen werden: Eine

Koalition ist keine Alleinregierung und Verhandlungsergebnisse sind in einer großen Koalition immer Kompromisse.

Für die SPÖ stand im Vordergrund, dass jene den größeren Teil der Sanierung tragen müssen, die die Wirtschaftskrise mit verursacht haben. Und das ist gelungen. Wir

„Zwei Fakten sollten aber nicht vergessen werden: Eine Koalition ist keine Alleinregierung und Verhandlungsergebnisse sind in einer großen Koalition immer Kompromisse.“



Budget: Zwei Drittel der neuen Einnahmen zahlen Banken, Spekulanten, Konzerne und Vermögende.

konnten fünf unserer Forderungen für mehr Steuergerechtigkeit durchsetzen. Es wird eine Bankenabgabe geben, eine Vermögenszuwachssteuer bei Aktien kommt, es fallen Stiftungsprivilegien und die Konzernbesteuerung wird verschärft.

Unterm Strich können wir stolz auf das Erreichte sein. Zwei Drittel der neuen Einnahmen zahlen Banken, Spekulanten, Konzerne und Vermögende. Wir werden sehr genau darauf achten, dass Abgaben nicht auf die Kunden abgewälzt werden. Und es wird 400 Millionen Euro für Zukunftsinvestitionen in Schulen und Universitäten, For-

schung und Gesundheit geben. Der Vergleich zu den Maßnahmen, die von den Regierungen in vielen europäischen Ländern präsentiert wurden, macht ebenso sicher, wie die Liste jener Maßnahmen, die von der SPÖ verhindert werden konnte. Die Budgetkonsolidierung war notwendig. Dass sie sozial ausgewogen umgesetzt wird, ist ein Verdienst der SPÖ. Die notwendigen Gesetzesänderungen gehen nun in Begutachtung. Das nächste Ziel steht indes bereits fest: Eine Steuerreform, die den Faktor Arbeit entlastet und Vermögen stärker belastet. ♦

Fotolia

BUDGET-EINIGUNG

Sozial ausgewogen und gerecht

Im steirischen Loipersdorf einigte sich die Bundesregierung auf das Budget 2011. Wesentliche Maßnahmen gelten bis 2014. „SPÖ Aktuell“ berichtet auf den folgenden sechs Seiten ausführlich über alle Neuerungen rund um das Budget.

**„Es ist uns gelungen, dass der Finanz- und Bankensektor einen substantiellen Beitrag zur Budgetsanie-
rung leistet. Insgesamt haben wir ein sozial ausgewogenes Paket geschnürt.“**

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

Ich bin stolz darauf, sagen zu können: Wir haben geschafft, was wir uns vorgenommen haben. Wir sind fertig mit dem Budget 2011 und den wesentlichen Fragen des Budgetpfades bis 2014.“ Mit diesen Worten präsentierte Bundeskanzler Werner Faymann die Einigung über das Budget. „Die Verhandlungen waren von der Frage geprägt: Was ist das Beste für Österreich, was ist das Beste für unser Land?“, so Faymann.

Die Budget-Einigung der Bundesregierung kann sich sehen lassen: Die Hacklerregelung bleibt, wie versprochen, bis 2013. 400 Millionen Euro investiert die Bundesregierung in Offensivmaßnahmen für Bildung, Forschung und thermische Sanierung. Von den 6,7 Milliarden Euro Mehreinnahmen bis 2014, kommen 4,4 Milliarden Euro von Banken, Vermögenszuwächsen und Teilen der Wirtschaft – das sind rund zwei Drittel. Fünf der acht Punkte des Programms von Bundeskanzler Werner Faymann sind Teil des Budgets. Somit trägt das Budget eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift. Alle Maßnahmen sollen unbefristet in Kraft treten. Die verbleibenden drei Punkte des SPÖ-Programms möchte Bundeskanzler Faymann im Zuge der nächsten Steuerreform wieder auf den Tisch legen (siehe Interview auf Seite 6).

„Es ist uns gelungen, dass der Finanz- und Bankensektor einen substantiellen Beitrag zur Budgetsanie-
rung leistet. Inse-



Gemeinsam mit dem Regierungsteam präsentierte Bundeskanzler Werner Faymann die Einigung zum Budget.

samt haben wir ein sozial ausgewogenes Paket geschnürt“, sagte Finanzstaatssekretär Andreas Schieder am Rande der Budgetklausur. Neben der Bankenabgabe wird auch eine Steuer auf Vermögenszuwächse kommen – damit wird die Spekulationsfrist auf Aktiengewinne beseitigt. Die Stiftungsbesteuerung wird ebenfalls reformiert. Der Zwischensteuersatz soll von 12,5 auf 25 Prozent angehoben werden – und Immobiliengewinne – müssen künftig versteuert werden. Die Finanzierungszinsen beim Kauf von Konzerntöchtern werden künftig nicht mehr absetzbar sein und die praktisch kostenlose Finanzierung für Konzerngruppen wird damit abgeschafft. Intensiviert wird der Kampf gegen Steuerhinterziehung.

In Aussicht steht die Finanztransaktionssteuer. Die Bundesregierung wird den Kampf auf EU-Ebene in dieser Sache verstärken. Ein weiterer Vorschlag der SPÖ, der

sich im Budget wiederfindet: Alle Unternehmen, außer die Schwerindustrie, müssen ihre Energievergütung künftig selber entrichten.

Der Effekt jener steuerlichen Maßnahmen, die eine größere Anzahl von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen treffen, wird durch Gegenmaßnahmen ausgeglichen. So wird im Gegenzug zur Erhöhung der Mineralölsteuer die Pendlerpauschale angehoben. Diesel wird um fünf Cent teurer, Benzin um vier Cent. Bei anderen Maßnahmen wurde Wert auf positive Lenkungseffekte gelegt – etwa bei der Tabaksteuer (rund 25 Cent pro Packung).

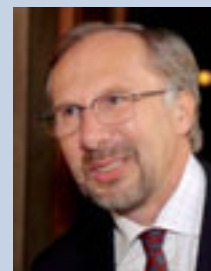
Eine empfindliche Einsparung stellt die Kürzung der Familienbeihilfe dar – ein Wunsch der ÖVP. Weitere Wünsche des Koalitionspartners nach Einschnitten – etwa eine Erhöhung der Mehrwertsteuer – konnten allerdings erfolgreich abgewehrt werden. (siehe Seite 7).

Budget 2011 – Steuer- und Sparpaket



Maßnahmen für mehr Verteilungsgerechtigkeit standen für die SPÖ im Mittelpunkt der Verhandlungen. Bis 2014 wird etwa die Bankenabgabe zwei Milliarden Euro für das Budget bringen. Die Besteuerung von Aktiengewinnen bringt 2011 30 Millionen Euro – ab 2012 50 Millionen Euro, ab 2013 100 Millionen Euro und ab 2014 250 Millionen Euro. Bei der Stiftungsbesteuerung wird der Zwischensteuersatz von 12,5 Prozent auf 25 Prozent erhöht. Immobiliengewinne müssen künftig auch versteuert werden.

REAKTIONEN



Lehmann

Ewald Nowotny,
Gouverneur der
Österreichischen
Nationalbank (OeNB)

„Wir sind in Österreich in der Lage, das Budgetdefizit in absehbarer Zeit wieder unter drei Prozent senken zu können.“



HBF

Herbert Tumpel,
Arbeiterkammer-Präsident

„Nicht alles, aber einiges an Forderungen der Arbeitnehmer ist im Budgetentwurf der Regierung umgesetzt worden. Es war höchst an der Zeit, dass nun auch Unternehmen, Banken und große Vermögen einen Beitrag leisten müssen.“

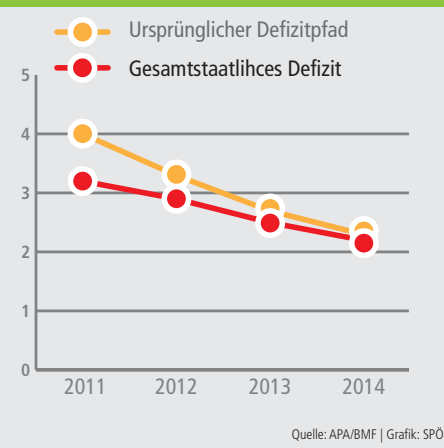


ÖGB

Erich Foglar,
ÖGB-Präsident

„Vorhaben wie Bankenabgabe, Ende der Stiftungsprivilegien oder vermögensbezogene Steuern werden wesentlich dazu beitragen, das Defizit zu reduzieren.“

Konsolidierungspfad



Schneller als ursprünglich geplant wird der Staat sein Defizit unter die Drei-Prozent-Marke senken können.

Budget 2011 – Fahrplan

- 23. Oktober
Beschluss Loipersdorf
 - 27. - 29. Oktober
Start Begutachtung
 - 30. November
Beschluss im Ministerrat,
Budgetrede
 - 9. - 16. Dezember
Expertenhearings und
Ausschussberatungen
 - 20. - 22. Dezember
Debatte im Plenum
mit Budgetbeschluss
 - 23. Dezember (Termin noch nicht bestätigt)
Bundesrat beschließt
Budgetbegleitgesetz
- Quelle: APA | Grafik: SPÖ

PRESSESTIMMEN



Politischer Gewinner SPÖ

„Parteilpolitisch betrachtet ist die SPÖ der Gewinner des koalitions Ringens ... Das über Monate geschickt lancierte Thema der Verteilungsgerechtigkeit wurde zu guten Teilen durchgesetzt. Finanzminister Pröll musste in vielen Fragen nachgeben. Was das für sein innerparteiliches Standing ... bedeutet, wird man erst sehen.“

Peter Rabl am 24. 10.



Regierung erhöht vernünftig Steuern

„Ein Pluspunkt ist die angedeutete Wende in der Steuerpolitik. Endlich reagiert die Regierung auf den Umstand, dass Vermögen – abgesehen vom Krisenknick – ständig und stark gewachsen sind, während die Abgaben schwer auf den schwächeren Arbeitseinkommen lasten. Bankenabgabe, Aktiensteuer und Co sind ein nicht zu vernachlässigender Schritt gegen das für den Sozialstaat fatale Dogma, dass Kapital aller (Steuer-)Freiheit dieser Welt bedürfe.“

Gerald John am 25. 10.



Verdienst des Kanzlers

„Im Vergleich zu anderen Ländern sind wir glimpflich davongekommen. In Deutschland, Frankreich, England werden Pensionisten, Familien und Steuerzahler ungleich brutaler zur Kasse gebeten. In Österreich ist der Anteil, den Banken, Spekulanten und Super-Reiche zur Sanierung leisten, am höchsten. Das ist der Verdienst des Kanzlers, der die meisten Punkte seiner Gerechtigkeits-Kampagne im Budget durchgesetzt hat.“

Wolfgang Fellner am 25. 10.

INTERVIEW

„Wir nehmen Vermögende und Spekulanten in die Pflicht“

Bundeskanzler Werner Faymann kündigte im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ an, weiterhin für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu kämpfen. Im Zuge einer Steuerreform soll die Vermögenssteuer für Millionäre neuerlich thematisiert werden.

„SPÖ Aktuell“: Herr Bundeskanzler, welches Resümee ziehen Sie über die Budgetverhandlungen?

Werner Faymann: Was mich besonders freut, ist, dass wir in der Regierung die Verhandlungen in einer sehr konstruktiven Atmosphäre geführt haben. Insgesamt war es eine Gemeinschaftsleistung. Bereits 2012 kommen wir mit dem Budgetdefizit unter drei Prozent und gehören damit zu jenen Staaten in Europa mit der geringsten Verschuldung. Sehr erfreulich ist natürlich auch, dass wir bei den neuen Einnahmen hauptsächlich jene in die Pflicht nehmen, die es sich leisten können und jene, die die Krise mit verursacht haben. Das ist eine logische Konsequenz aus der Krise.

Kann sich noch etwas ändern?

Faymann: Wesentliche Punkte des Budgets reichen bis 2014 – da ist es ganz besonders wichtig, die Öffentlichkeit zu überzeugen. Ich habe aber schon in Bad Leiptersdorf klargestellt, dass nichts in Stein gemeißelt ist. Das Budget steht den ganzen November lang zur Diskussion und tritt erst in Kraft, wenn das Parlament es beschließt. Nun müssen wir uns der Diskussion stellen und Kritik ernst nehmen. Im Gegenzug müssen aber auch die Kritiker sehen, dass eine Budgetkonsolidierung in diesem Ausmaß ohne Sparen und die eine oder andere Kürzung einfach unmöglich ist. Würde die SPÖ alleine regieren, hätten wir natürlich alle acht Punkte unseres Programms umgesetzt. Wäre es nach der ÖVP gegangen, hätte es noch mehr Massensteuererhöhungen geben sollen. Das konnten wir aber verhindern. Aber in einer Koalition muss man sich am Verhandlungstisch einigen. Die Alternative zu Kompromissen wären Neuwahlen gewesen. Das kann für verantwortungsvolle Politiker keine Option sein, hätte das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zusätzlich untergraben und den Falschen genützt.



Bundeskanzler Werner blickt mit Stolz auf den Budget-Entwurf der Bundesregierung. 4,4 Milliarden Euro von den 6,7 Milliarden Euro Mehreinnahmen bis 2014 treffen Reiche, Banken und Teile der Wirtschaft.

Sie konnten fünf Punkte Ihres Gerechtigkeits-Programms durchsetzen. Was passiert mit den anderen Vorschlägen?

Faymann: Nichts fällt unter den Tisch. Wenn Aufschwung und Konjunkturerwicklung stimmen, wird der Zeitpunkt kommen, wo wir über eine Steuerreform diskutieren sollten. Da werden eine Börsenumsatzsteuer, die Reform der Gruppenbesteuerung und eine Vermögenssteuer für Millionäre sicherlich wieder Thema sein. Arbeitnehmer mit einem Einkommen zwischen 2.000 und 3.000 Euro sollen davon besonders profitieren. Bei dieser Gelegenheit möchte ich daran erinnern, dass unsere Steuerreform 2009 die Arbeitnehmer mit 3,2 Milliarden Euro entlastet hat. Im Zuge der Budgetkonsolidierung werden sie mit einem Viertel belastet, während drei Viertel Banken, Vermögende, Stiftungen und Teile der Wirtschaft beitragen müssen. Das ist der Sozialdemokratie zu verdanken. Wir haben rechtzeitig begonnen, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken und klarzumachen, wofür die SPÖ steht. Das ist dem

Koalitionspartner nicht so gut gelungen und spiegelt sich auch in der Gewichtung der neuen Einnahmen wieder.

Wie steht Österreich im internationalen Vergleich da?

Faymann: Der internationale Vergleich stimmt mich zuversichtlich. Wir haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit und die geringste Arbeitslosigkeit in Europa. Außerdem können wir mit Stolz auf ein vergleichsweise hohes Wachstum blicken. Wir haben zur richtigen Zeit richtig auf diese Krise reagiert und rasch gehandelt – ohne dabei aus den Augen zu verlieren, was Österreich auszeichnet: Wohlstand, soziale Absicherung und die Rechte der Arbeitnehmer. In Spanien, Frankreich und anderen Ländern gehen Millionen Menschen auf die Straße, um gegen harte Einschnitte, etwa im Pensionsbereich, zu demonstrieren. Wir haben die Pensionen erhöht und wollen 400 Millionen Euro in Bildung, Forschung und thermische Sanierung investieren. Mit dem Budget stellen wir die Weichen für die Zukunft. ♦

Jantzen

SOZIALES UND PFLEGE

Volle Teuerungsabgeltung für kleine und mittlere Pensionen

Mit Erfolg: Alle Bezieher von Pensionen bis 2.000 Euro brutto erhalten eine Abgeltung der Teuerung in der Höhe von 1,2 Prozent.

Die Regierung hat sich mit den Seniorenvertretern auf eine Erhöhung der Pensionen für das kommende Jahr geeinigt. Alle Pensionistinnen und Pensionisten, die eine Pension bis zu 2.000 Euro brutto beziehen, erhalten eine Inflationsabgeltung in der Höhe von 1,2 Prozent – das betrifft 91 Prozent der ASVG-Pensionisten. Bei Pensionen von 2.000 bis 2.310 Euro brutto gibt es eine Einschleifregelung – wer mehr hat, trägt mehr bei. Pensionen über 2.310 Euro erhalten keine Inflationsabgeltung. Für Bundeskanzler Werner Faymann stand während der Verhandlungen unverrückbar fest: „Die kleinen und mittleren Pensionen sollen eine Abgeltung für die Teuerung erhalten, das war uns immer eine Verpflichtung.“ Und auch SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits betonte: „Für die Sozialdemokratie stand immer fest, dass die sozial Schwächsten, und dazu gehören auch die Bezieher geringer Pensionen, nicht die Kosten für die Krise tragen dürfen, die sie nicht verursacht



„Bundeskanzler Werner Faymann hat sich dafür eingesetzt, dass kleine und mittlere Pensionen eine Wertanpassung erhalten müssen“, zeigt sich PVÖ-Präsident Karl Blecha mit den Ergebnissen zufrieden.

haben.“ Die Erhöhung kleiner und mittlerer Pensionen sichert auch die Kaufkraft und ist daher ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Konjunktur.

SPÖ Hacklerregelung bleibt bis 2013

Die Hacklerregelung bleibt, wie versprochen, bis 2013 bestehen. Ab 2014 wird das Pensionsalter für Langzeitversicherte um zwei Jahre von 60 auf 62 Jahre angehoben. Der Kauf von Zeiten (z.B. Ausbildung) wird dann nicht mehr möglich sein und bereits ab nächstem Jahr teurer werden. Durch die im Rahmen des Budgets beschlossene Anhebung der Pensionsversicherungs-Beiträge bei den Gewerbetreibenden und Bauern kommt es zu mehr Beitragsgerechtigkeit im Pensionssystem. Beim Pflegegeld gibt es Einsparungen durch moderate neue Eintrittsbestimmungen, und in der besonders anspruchsvollen Stufe 6 gibt es sogar mehr Geld als bisher. Sozialminister Rudolf Hunstorfer stellte diesbezüglich klar: „Beim Pflegegeld wird es keinen Eingriff in bestehende Fälle geben. Das 7-Stufen-System bleibt weiter bestehen. Niemandem, der Pflegegeld bezieht, wird etwas gekürzt oder weggenommen.“ ♦

FAMILIEN

Unterstützung gesichert

Die 13. Familienbeihilfe für schulpflichtige Kinder bleibt, weitere Maßnahmen sollen Eltern zusätzlich entlasten.

Ich bin froh, dass wir es geschafft haben, die bestehende Familienbeihilfe abzusichern“, sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Im europäischen Vergleich ist Österreich weiterhin eines der Länder, die am längsten Familienbeihilfen auszahlen, so etwa für Studierende im Regelfall bis zum vollendeten 24. Lebensjahr. Zivildienst, Präsenzdienst und Mutterschutz verlängern den Bezug der Beihilfe für Studierende, im Maximalfall bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Wichtig sei auch, dass Familien mit schulpflichtigen Kindern – entgegen den Vorschlägen der ÖVP – weiterhin eine 13. Familienbeihilfe (mit einem Fixbetrag von 100 Euro) be-

kommen. „Damit unterstützen wir Familien mit einem Schulstartgeld, um die Mehrkosten, die im September anfallen, abzudecken“, so Heinisch-Hosek. Ein weiterer wichtiger Faktor ist auch, dass mit dem geplanten Budget mehr in Bildung, Universitäten und Ganztagschulen investiert werden kann. Ein wesentlicher Teil der Kürzungen, etwa die Streichung des Alleinverdiener-Absetzbetrags für Paare, die keine Kinder (mehr) betreuen, wird künftig dafür aufgewendet. Durch weitere Maßnahmen wie dem Wegfall des Selbstbehalts für Schulbücher werden Familien außerdem mit bis zu 10 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich entlastet. ♦



Fotolia

Die 13. Familienbeihilfe unterstützt Familien auch künftig bei den Schulstart-Mehrkosten.

INFRASTRUKTUR

Die Bahn wird weiter ausgebaut

Im Zuge der Budgetverhandlungen wurde die langfristige Finanzierung der großen Infrastrukturprojekte (z.B. Koralmtunnel) vereinbart. Die wirtschaftsnahe Forschung erhält jährlich 100 Millionen Euro mehr.

Die notwendigen budgetären Einsparungen – 555 Mio. Euro bis 2014 – werden im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie sowohl durch Einsparungen bei Investitionen in die Bahninfrastruktur als auch im Unternehmen ÖBB erzielt. Bei den Infrastrukturinvestitionen geht es im Wesentlichen darum, dass der Bau von Brennerbasis-, Koralm- und Semmeringtunnel verschoben wird. Die große Bahnhofsoffensive und die Sicherung der Eisenbahnkreuzungen sowie der öffentliche Nahverkehr bleiben von Kürzungen völlig unberührt.

Der Koralmtunnel für die Strecke Graz-Klagenfurt ist nur in Zusammenhang mit dem Semmeringtunnel sinnvoll, da beide Tunnel im selben Verkehrskorridor liegen. Daher werden nun die Fertigstellungstermine der beiden Projekte zusammenge-schoben – die Termine rücken so von derzeit fünf auf zwei Jahre zusammen. Die Fertigstellung des Semmeringbasistunnels soll demnach statt 2025 voraussichtlich bereits



picturedesk

Die Finanzierung der Südbahntunnel ist gesichert – ab 2024 kann die Südbahn durchgehend genutzt werden.

2024 erfolgen; die Fertigstellung der Koralmbahn voraussichtlich 2022 statt 2020. „Die Einbindung Kärntens beziehungsweise des gesamten südlichen Österreichs in den Baltisch-Adriatischen Korridor und die Anbindung an die Adria-Häfen ist essenziell für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieser gesamten Region und damit für ein Drittel aller Österreicherinnen und Österreicher“, betont etwa der Kärntner SPÖ-Nationalratsabgeordnete Peter Stauber die Bedeutung der Tunnelprojekte.

Finanzierung muss gesichert sein

Der Baubeginn des Brennerbasistunnels ist für 2016 vorgesehen, bis dahin sind umfangreiche Vorbereitungsarbeiten geplant. Voraussetzung ist die konsequente Umsetzung aller vereinbarten Rahmenbedingungen: Der Bau des Brennerbasistunnels ist nur möglich, wenn die Drittelfinanzierung EU-Italien-Österreich steht, die Möglichkeiten der Querfinanzierung voll ausschöpft werden – wie z.B. die Erhöhung der LKW-Maut im Unterinntal – und wenn eine verbindliche Finanzierungszusage Italiens vorliegt. „Ich habe immer gesagt: es gibt keinen Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Bahnausbaus für eine moderne und umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur für Gene-

rationen. Ich habe aber auch immer gesagt, dass ich keine Bauzusage geben kann, wenn die Finanzierung nicht langfristig gesichert ist. Ich kann nicht heute zu bauen beginnen und in zwei Jahren geht das Geld aus. Entscheidend ist die Finanzierungssicherheit, die nun mit dem Finanzministerium vereinbart wurde“, so Infrastrukturministerin Doris Bures.

Bei den Einsparungen bekennt sich die Infrastrukturministerin zu deutlichen Maßnahmen im Unternehmen ÖBB. Hier wird in erster Linie bei der Verwaltung, im Management sowie bei Neu-Investitionen angesetzt und nicht bei der Kundenbetreuung und im Service.

Forschungsförderungen erhöht

Besonders erfreut ist Infrastrukturministerin Bures darüber, dass für die wirtschaftsnahe Forschung 100 Millionen Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Es kommt zu einer Vereinheitlichung und Erhöhung der Forschungsprämie von acht auf zehn Prozent sowie zu einer Erhöhung der direkten Forschungsförderung des Ministeriums für Klein- und Mittelbetriebe. „Das kommt dem Standort und damit künftigen Generationen zugute“, so die Ministerin. ♦

HINTERGRUND

Die Pläne des Infrastrukturministeriums nach den Budgetverhandlungen:

1. Verschiebung der Tunnelprojekte

- » Fertigstellung Koralmtunnel 2022 statt 2020
- » Fertigstellung Semmeringbasistunnel dafür 2024 statt 2025
- » Dadurch durchgehende Nutzung der Südbahn ab 2024 möglich
- » Baubeginn Brennerbasistunnel 2016

2. Einsparungen bei den ÖBB

- » bei Verwaltung und Management, nicht im Kundenservice

3. Mehr Geld für die Forschung

- » 100 Mio. Euro jährlich mehr für die wirtschaftsnahe Forschung
- » Höhere Forschungsförderung für KMU

BILDUNG

Großes Offensivpaket für Schulen und Universitäten

Die Regierung Faymann hat bei ihrer Klausur ein soziales und ausgewogenes Budget für 2011 vorgelegt, in dem besonders dem Zukunftsthema Bildung große Bedeutung beigemessen wird. Für Schulen und Universitäten gibt es pro Jahr jeweils 80 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln.

Weil wir gespart haben, wo es möglich war und wir uns auf zusätzliche Einnahmen geeinigt haben, stehen nun 400 Millionen Euro an Offensivmitteln zur Verfügung“, bekräftigte Bundeskanzler Werner Faymann nach der Regierungsklausur im steirischen Loipersdorf. Mit diesem Offensivpaket wird die wichtigste Zukunftsressource, nämlich die Bildung und Ausbildung junger Menschen, gestärkt. 80 Millionen Euro dieses Offensivpakets sind pro Jahr für die Schulen vorgesehen. Damit soll das ganztägige Schulangebot ausgeweitet werden. Und weitere 80 Millionen Euro pro Jahr gibt es für die Universitäten, die diese zusätzlichen Mittel angesichts der Finanzierungsprobleme dringend benötigen. Die SPÖ hat von Anfang an klargestellt, dass es gerade in den wichtigen Zukunftsressorts zusätzliche finanzielle Mittel braucht: Mit dem bei der Regierungsklausur geschnürten Offensivpaket wird die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen weiter gestärkt.

Fotolia



Ein Riesenschritt in Richtung bestmögliche Förderung und Betreuung unserer Kinder: Dank des Offensivpakets der Regierung Faymann ist es möglich, die Ganztagsschulplätze von derzeit 120.000 auf 200.000 auszubauen.



Schmied

„Durch dieses Offensivpaket gibt es in den kommenden Jahren 320 Millionen Euro mehr für den Ausbau ganztägiger Schulformen.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Ganztagsschulen: Ausweitung auf 200.000 Plätze

Das Budget des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur wird um 80 Millionen Euro pro Jahr bis 2014 erhöht. Bildungsministerin Claudia Schmied ist über diese zusätzlichen Finanzmittel, mit denen den Wünschen und Bedürfnissen der Eltern, Schüler und Lehrer Rechnung getragen werden kann, besonders erfreut:

werden. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer betont dazu, dass ganztägige Schulformen gleich mehrere Vorteile bringen: „Sie garantieren eine bestmögliche Förderung unserer Kinder, ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und tragen durch die Nachmittagsbetreuung zu einer deutlichen Reduzierung der Nachhilfekosten bei.“ Besonders wichtig: Alle zentralen Bildungsreformen werden fortgeführt: „Kleinere Klassen, die neue Matura,

die Neue Mittelschule, Lehre und Matura, die Bildungsstandards und vieles mehr werden weiter konsequent fortgesetzt“, so Ministerin Schmied.

80 Millionen Euro jährlich für die Universitäten

Von der Zukunftsoffensive der Regierung Faymann profitieren auch die Universitäten – und das in einem Ausmaß von 80 Millionen Euro jährlich. Durch dieses Budgetplus „erhöhen wir auch die Studienqualität“, hob Bundeskanzler Werner Faymann nach der Klausur hervor. SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl begrüßt das Offensivpaket im Bereich Universitäten: „Für die SPÖ war immer klar, dass die Studienbedingungen an den Universitäten verbessert werden müssen. Daher ist dieses Paket ein besonders wichtiger Schritt.“ ♦

UNO-BEVÖLKERUNGSBERICHT

Frauen als Haupt-Opfer in Kriegen

Frauen sind die Hauptleidtragenden in kriegerischen Konflikten, so der aktuelle UNO-Bevölkerungsbericht. Notwendig sind deshalb bessere Bildung, Gleichberechtigung und Beteiligung am Wiederaufbau.



Nach kriegerischen Konflikten oder Naturkatastrophen müssen Frauen verstärkt als Akteurinnen am Wiederaufbau von Gesellschaften beteiligt werden.

Deutlich wird im Weltbevölkerungsbericht 2010, dass sexuelle Gewalt gegen Frauen zu einem immer häufiger eingesetzten strategischen Instrument der Kriegsführung wird. Frauen leiden in Konflikten besonders und oft doppelt. Denn die Gewalterfahrung geht vielfach mit sozialer Stigmatisierung und Traumatisierung einher.

Bildung, Gleichberechtigung und „Empowerment“ sind die notwendigen Gegenstrategien, so Petra Bayr, SPÖ-Entwicklungssprecherin bei der Präsentation des neuen Bevölkerungsberichts. „Die Regierungen müssen die Chance nutzen, die Gesellschaft nach Konflikten nicht nur wieder so herzustellen, wie sie zuvor waren, sondern wirklich neu aufzubauen. Dazu zählen gleiche Chancen und Rechte für Frauen, um eine nachhaltige positive Entwicklung zu gewährleisten“, so Bayr. Sexuelle Gewalt muss präventiv verhindert werden und Opfer von Vergewaltigungen müssen psychologisch und juristisch betreut werden, fordert Bayr. Das ist für die gesamte Gesellschaft entscheidend: „Denn Traumatisierung kann sich lange nach dem Krieg negativ

WEBTIPP

Der UN-Bevölkerungsbericht 2010

- » Von 6,91 Mrd. Menschen auf der Erde leben 5,67 Mrd. in weniger entwickelten Gebieten.
- » In diesen Regionen beträgt das Bevölkerungswachstum 1,4 Prozent, in stärker entwickelten 0,3 Prozent.
- » In den ärmsten Gegenden sterben 79 Säuglinge/1.000 Lebendgeburten, in den reicheren Regionen sind es sechs.

auf gesellschaftliche Strukturen auswirken und Gesellschaften auch destabilisieren“, so die SPÖ-Entwicklungssprecherin.

Außerdem müssen Frauen am Wiederaufbau beteiligt werden – und zwar als Akteurinnen. So bietet die Phase nach dem Krieg die Chance, dass Frauen in der Gesellschaft einen neuen Platz bekommen. ♦

EU Rechte wollen Europa spalten

Letztes Wochenende fand in Wien ein Treffen von europäischen Rechtsparteien auf Einladung der FPÖ statt.



Kritik am Rechtsparteien-Treffen in Wien übt SPÖ-EU-Abgeordneter Swoboda.

macht, es gehe ihnen nur „um die Spaltung der Gesellschaften und Europas“, so Swoboda. ♦

Mit dabei beim Treffen der Rechten waren Parteien wie die Schwedendemokraten, die ihre Wurzeln im schwedischen Rechtsextremismus haben, oder die Dänische Volkspartei von Pia Kjaersgaard, die Muslime wiederholt als „auszumerzendes Ungeziefer“ bezeichnet hat. SPÖ-EU-Abgeordneter Hannes Swoboda kritisiert die Versammlung als „Nein-Sager-Treffen“: Keine der Parteien habe bisher nur einen einzigen konstruktiven Vorschlag für die Neugestaltung Europas gemacht.

EUROPÄISCHES PARLAMENT Konservative gegen Mindesteinkommen

Die konservative Mehrheit im Europäischen Parlament hat neue Regeln für ein EU-weites Mindesteinkommen verhindert.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament wollten mit einer EU-Richtlinie für Mindesteinkommen in Europa dafür sorgen, dass Menschen von einer Vollzeitbeschäftigung auch leben können. „Konkret ist unser Zielwert ein Mindesteinkommen von 60 Prozent des Medianeinkommens“, informiert die sozialdemokratische Abgeordnete Evelyn Regner. Allerdings: Die Vorschläge der Sozialdemokraten wurden von der konservativen und liberalen Mehrheit des Parlaments abgelehnt. ♦



SPÖ-EU-Abg. Regner hätte sich als Zielwert 60 Prozent des Medianeinkommen erwartet.

Rebellion

Der große Traum von Freiheit

Von den Bauernkriegen des Mittelalters bis zu Kämpfern gegen den Kapitalismus – Andreas Pittler und Helena Verdel porträtieren Persönlichkeiten aus aller Welt, die für ihre Ideale eintraten.

30 Rebellen gegen Unrecht und Unterdrückung – so lautet der Untertitel des Buches, das sich über den eurozentristischen Geschichtsrand hinaus bewegt und dabei unterschiedliche Menschen vorstellt, die den vorherrschenden Gesellschaftsbildern ihrer Zeit trotzen. Von den Bauernaufständen im 14. Jahrhundert, über das Zeitalter der französischen Revolution bis zu Kämpfen gegen den Kapitalismus – die

Autoren spannen den zeitlichen Bogen sehr weit und zeigen in kleinen Geschichten die unterschiedlichen Facetten des Kampfes gegen Unrecht. Die Protagonisten reichen von Wat Tyler aus dem England des 14. Jahrhunderts über Zapata und Villa aus Mexico bis hin zur indischen Sozialbanditin Phoolan Devi. Eine rebellische Reise durch die Geschichte und rund um die Welt. ♦

Sachbuch

Politik 2.0 – Demokratie im Netz

Wie es um die österreichische Politik virtuell bestellt ist, analysieren Andrea Heigl und Philipp Hacker in ihrem neuen Buch.

Facebook, Twitter und YouTube sind in der politischen Kommunikation schon längst keine fremdartigen Begriffe mehr. Die Wahlkampfstrategen haben die Bedeutung einer gelungenen Online-Kommunikation erkannt – auch in Europa informieren sich immer mehr Wählerinnen und Wähler übers Internet. Die so genannten „Socialnetworks“ gewinnen auch für die österreichischen Parteien an Bedeutung, wenngleich die politische Klasse in Österreich noch einiges an Nachholbedarf hat,

wie die AutorInnen analysieren. Denn ein Youtube-Video zu produzieren oder einen Blog zu führen, versprechen noch lange keine funktionierende Vermittlungsarbeit oder überhaupt nachhaltige Wählerbindung. Das Buch gibt einen Überblick über gelungene Beispiele aus der Welt der Politik im Web 2.0 und stellt dabei auch die einzelnen Zugänge der österreichischen Parteien zur Web-Politik vor. Den Netz-Aktivitäten der SPÖ stellen die Autoren ein gutes Zeugnis aus. ♦

Biographie

Mein Leben ist mein Werk

Eine Biographie über Victoria Ocampo, eine eindrucksvolle Frau, die ein bewegendes literarisches Lebenswerk hinterlässt.

Verlegerin, Übersetzerin, Essayistin, Muse und Kämpferin gegen den Faschismus und für die Emanzipation der Frauen – so wird eine der wohl beeindruckendsten Frauen Südamerikas in dem teils autobiographischen Werk vorgestellt. Victoria Ocampo gründete 1931 in Argentinien die Kulturzeitschrift SUR, die über 50 Jahre tonangebend sein sollte, später den gleichnamigen Buchverlag, den sie viele Jahre leitete. Sie wurde selbst zu einer bedeutenden Essayistin und Bio-

graphin, die mit ihrem Schreiben in ein damals ausschließlich männliches Genre vordrang.

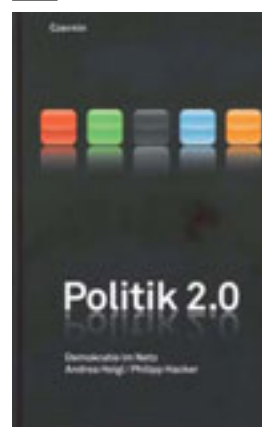
Sie war Muse und Freundin von Autoren wie Albert Camus, Virginia Woolf oder Stefan Zweig. Victoria Ocampo engagierte sich außerdem gegen den Peronismus und den Faschismus und setzte sich Zeit ihres Lebens für die Emanzipation der Frauen ein. In eigenen und biographischen Texten wird dem Leben einer herausragenden Frau nachgespürt. ♦

☐ Stk.


Andreas Pittler/Helena Verdel:

Der große Traum von Freiheit.

 Promedia, Wien 2010;
233 S., 17,90 €

☐ Stk.


Andrea Heigl/Philipp Hacker:

Politik 2.0.

 Czernin, Wien 2010;
163 S., 19,80 €

☐ Stk.


Renate Kroll (Hg.):

Victoria Ocampo.
Mein Leben ist mein Werk.

 Aufbau Verlag, Berlin, 2010.
339 S., 23,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534

27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

Neue Wege in die Zukunft



Die SPÖ hat in Wien die Regierungsverhandlungen mit den Grünen aufgenommen. Eine rot-grüne Koalition auf Landesebene wäre österreichweit eine Premiere und eine Chance, politisch neue Wege zu beschreiten.

„Wir alle denken, dass die Grünen in vielerlei Hinsicht ein stabiler Faktor sind“, sagte Bürgermeister Michael Häupl. Bei

Rückenwind für Rot-Grün

Bei vielen zentralen Themenbereichen, gebe es mit den Schwarzen kaum Gemeinsamkeiten. Nicht nur bei der Modernisierung des Bildungssystems steigt die ÖVP auf die Bremse, auch in den wichtigen Fragen von Zuwanderung und Integration ist die Politik der ÖVP wenig zukunftsorientiert. Dagegen finden sich hier viele Übereinstimmungen mit den Grünen. Besonders bei den Zukunftsthe-

„Es geht nicht darum, der ÖVP Steine nachzuwerfen. Es geht einzig um Inhalte.“

Bürgermeister Michael Häupl

Dass eine rot-grüne Regierung auch bei den Jungen gut ankommen würde, hatte die Sozialistische Jugend (SJ) bereits am Wahlabend

deutlich gemacht. „Mit der Entscheidung, Koalitionsgespräche mit den Grünen zu führen, ist eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft Wiens gefallen“, zeigte sich Stefan Jagsch, Vorsitzender der SJ Wien, dementsprechend erfreut.

Bürgermeister Michael Häupl machte klar, dass er neben der Chance, in Wien neue Wege zu gehen, in einigen Bereichen auch auf Kontinuität setzten wird: „Bei Wirtschaftsfragen werden wir die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer in bewährter Form fortführen.“

Neues Bündnis für Wien



Besonders bei den Zukunftsthemen Bildung, Integration und Umwelt gibt es viele Übereinstimmungen zwischen SPÖ und Grünen.

der Entscheidung, die Einladung zum Koalitionsgespräch an die Wiener Grünen zu richten, gehe es nicht darum, der ÖVP „Steine nachzuwerfen“, betonte der Bürgermeister, sondern „einzig um Inhalte“. Vorgespräche gab es auch mit der ÖVP, doch eine Koalition, die auf fünf Jahre Bestand haben soll, sei derzeit eher mit den Grünen denkbar. „Es haben keine Einzelfaktoren gewirkt, sondern ein Gesamtbild, das viele während und nach der Wahl von der ÖVP gewonnen haben“, erläuterte Häupl die Gründe gegen eine Zusammenarbeit mit der ÖVP.

men Bildung, Integration und Umwelt besteht daher die Chance auf eine gute Zusammenarbeit. „Wenn die umweltpolitische Entwicklung in den Mittelpunkt gerückt wird, wäre das kein Nachteil“, stellte Bundeskanzler Werner Faymann klar. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günter Kräuter sieht in einer möglichen Zusammenarbeit mit den Grünen die Chance auf „völlig neue politische Perspektiven“. Auch wenn die Koalition noch nicht fix ist, „durch die Parteienlandschaft in Österreich weht ein frischer Wind“, stellte Kräuter fest.

Arbeitsgruppen mit Vertretern beider Parteien, die sich weitgehend an den acht bestehenden Ressorts orientieren, sollen jetzt die entsprechenden Inhalte verhandeln. Hinzu kommt ein neuer Block unter dem Titel „Wien in Europa und Sicherheit“, den Bürgermeister Häupl persönlich verhandelt. Bis 3. November sollen die Verhandlungen der Untergruppen abgeschlossen sein, danach wird es Gespräche in der großen Runde geben. Die neue Regierung soll zeitgerecht vor der Budgetdebatte stehen. ◆

NIEDERÖSTERREICH

Städte und Gemeinden brauchen Entlastung



Niederösterreichs Städte und Gemeinden ächzen unter zusätzlichen finanziellen Ausgaben für Gesundheit und Pflege. Gleichzeitig gibt es weniger Geld vom Bund. Die SPÖ Niederösterreich fordert spürbare Entlastungen.

Derzeit gibt es in Niederösterreich 137 so genannte Abgangsgemeinden – Gemeinden, die ohne Landeshilfe ihren ordentlichen Haushalt nicht mehr decken können. Kern des Problems ist, dass die Kommunen immer mehr Aufgaben übernehmen müssen, dafür aber kein zusätzliches Geld erhalten. SPÖ Niederösterreich-Vorsitzender LHStv. Sepp Leitner fordert daher, dass das Land die Kosten für den Pflege- und Sozialbereich übernehmen soll. Im Gegenzug dafür sollen die Kosten für die Kindergärten von den Kommunen bestritten werden. „Wir werden der ÖVP durch Anträge im

Landtag die Möglichkeit geben zu zeigen, dass auch sie den Gemeinden finanziell wieder mehr Luft zum Atmen geben will“, kündigt Leitner an.

Unterstützung aus den Gemeinden

Unterstützt wird Leitner bei seinen Forderungen vom Präsidenten des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes Niederösterreich (GVV) Rupert Dworak – selbst Bürgermeister – und den Bürgermeistern von St. Pölten und Wiener Neustadt, Matthias Stadler und Bernhard Müller: „Wir plädieren für ein Einfrieren der Transferzahlungen auf dem Stand von 2010. Das würde die Gemeindehaushalte bis 2013 um 280 Millionen



LHStv. Leitner, GVV-Präsident Dworak und die beiden Bürgermeister Stadler und Müller fordern finanzielle Entlastung für Niederösterreichs Gemeinden.

Euro entlasten.“ Auch die gemeinsame Forderung von SPÖ und GVV Niederösterreich nach einem 500 Millionen Euro Zukunftsfonds kann helfen. Durch Projekte in den Gemeinden könnte so die Konjunktur angekurbelt und Arbeitsplätze gesichert werden. ♦

NATURFREUNDE

Umwelt-Konferenz 2010



Die Generalversammlung der UNO hat das Jahr 2010 zum Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt erklärt – auch die Naturfreunde stellen heuer Artenvielfalt in den Mittelpunkt.

Gemeinsam mit den österreichischen Bundesforsten setzen sich die Naturfreunde für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und intakter Ökosysteme ein. Naturerlebnisangebote wie die „Natura Trails“ – Wege, die auf den Schutz wertvoller Lebensräume hinweisen – vermitteln Wissenswertes über Natur und Lebensräume von Tieren und Pflanzen und sind für die Förderung des Umweltbewusstseins von größter Bedeutung. Um noch tiefer in das Themengebiet der „Biodiversität“

vorzustoßen und um sich noch intensiver mit den Herausforderungen und Chancen der Naturvermittlung auseinanderzusetzen, laden die Naturfreunde unter dem Motto „Natur vermitteln – Artenvielfalt erleben“ am 27. November zur Umweltkonferenz 2010 in Salzburg. ♦



Die Teilnahme an der Konferenz ist kostenlos. Elektronische Anmeldung unter: www.naturfreunde.at

SOHO

Peter Traschkowitsch als SoHo-Vorsitzender bestätigt



Bei der Bundeskonferenz der SoHo (Sozialdemokratie und Homosexualität) wurden die Weichen für die nächsten zwei Jahre gestellt.

Peter Traschkowitsch ist wieder Vorsitzender der SoHo, die sich als Impulsgeber für die Gleichstellung Homosexueller versteht. Die StellvertreterInnen von Traschkowitsch im SoHo-Bundesvorstand: Angelika Frasl (Wien), Christian Ruppig (Kärnten), Karl-Heinz Verfürth (Tirol), Hans-Peter Weingand (Steiermark) und Marek Zipper (Oberösterreich). Traschkowitsch gab bei der Bundeskonferenz die politische Zielrichtung vor: Öffnung der Ehe für alle, Regenbogenfamilien, Transgenderthematik und Kampf gegen Homophobie und Fremdenfeindlichkeit. Informationen zur SoHo auch unter www.soho.or.at. ♦



Peter Traschkowitsch steht auch in den nächsten zwei Jahren der Homosexuellenorganisation der SPÖ vor.



Investitionen in die Prävention und Gesundheitsvorsorge sind Investitionen in zukünftige Generationen

Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist es, Menschen die Lebensbedingungen zu bieten, in denen sie die Chance haben, gesund zu leben und sich möglichst lange an guter Gesundheit und Wohlbefinden erfreuen können.

„Investitionen in die Prävention und Gesundheitsvorsorge sind Investitionen in zukünftige Generationen.“

Die demografische Entwicklung stellt Österreich in den kommenden Jahrzehnten vor einige Herausforderungen in der Gesundheitsförderung und Prävention. Für die Zukunft gilt es, die Leistungsfähigkeit des österreichischen Gesundheitssystems, das zu den besten der Welt gehört, zu erhalten und Prävention und Vorsorge weiter auszubauen. Denn Investitionen in die Prävention und Gesundheitsvorsorge sind Investitionen in zukünftige Generationen.

Verhalten und Rahmenbedingungen ändern

Bei der Prävention geht es nicht nur um Verhaltensprävention, sondern vor allem auch um Verhältnisprävention. Mit Mahnungen wie „du sollst nicht rauchen“, „du sollst dich gesund ernähren“ oder „du sollst regelmäßig Sport treiben“ wird lediglich mit dem erhobenen Zeigefinger an das Verhalten und die Eigenverantwortung des Einzelnen appelliert. Wie schwierig es ist, das eigene Verhalten zu ändern, weiß jeder und jede wohl aus eigener Erfahrung.

Vielmehr ist es aber notwendig, dass die Verhältnisse, in denen wir leben, geändert werden. Das betrifft eine gesunde Ernährung, die für alle leistbar sein muss, ein gesundes Wohnumfeld, Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz und eine Schule, die auch Bewegung und gesunde Ernährung bietet.

Daran muss gearbeitet werden. Wenn man etwa bedenkt, dass rund die Hälfte aller Krankenstände auf Belastungen am Arbeitsplatz zurückzuführen sind, sieht man, dass durch Prävention und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz nicht nur menschliches Leid, sondern auch sehr viel Geld gespart werden könnte.

Von den Besten lernen – Beispiel Finnland

Wir müssen den Mut haben, in langfristige Präventionsprojekte zu investieren, die über

Gesundheitsniveau der finnischen Bevölkerung entscheidend zu heben.

„Gesundheit wird im Alltag festgelegt“ war eine der Grundannahmen der finnischen Gesundheitspolitik. Will man die Gesundheit der Bevölkerung heben, dann reicht es nicht aus, über das Gesundheitssystem im engeren Sinn zu sprechen, sondern es müssen alle politischen Entscheidungen auf ihre Konsequenzen auf die Gesundheit der Menschen beleuchtet werden. In Finnland war es erklärtes Ziel, den Gesundheitszustand aller Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Die Politik, öffentliche Institutionen und verschiedene Organisationen nahmen sich der Frage an, wie man den Gesundheitszustand der Bevölkerung steigern könne. So war die Sterblichkeitsrate bei Herz- und Gefäßerkrankungen in Finnland für beide Geschlechter eine der höchsten im weltweiten Vergleich; die Hauptursache dafür war eine zu fettreiche Ernährung. In Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft ist es gelungen, etwa das Rückenfett von in Finnland gezüchteten Schweinen von 20 Millimetern auf 12 Millimeter zu reduzieren, nennt Oberhauser eines der vielen positiven Beispiele, an dem man sich orientieren könne.



Fotolia

Nicht nur das persönliche Verhalten, sondern auch die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen geändert werden, um gesünder zu leben.

eine Legislaturperiode hinausgehen und deren Auswirkungen nicht in vier, fünf Jahren messbar sind. Es gibt hier bereits sehr gute Ansätze in Österreich, wie den Nationalen Aktionsplan Ernährung, aber man kann auch von internationalen Beispielen, wie etwa Finnland, lernen. Finnland hat es mit dem best-practice-Modell „Health in all policies“ (Gesundheit in allen Politikbereichen) und einer Vielzahl von Maßnahmen und Initiativen seit Ende der 80er Jahre geschafft, das

Wenn sich Gesundheit als Schwerpunkt durch alle Ebenen von Politik und Gesellschaft zieht, können wir es schaffen, die Gesundheit aller Menschen, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Einkommen zu optimieren und zu erhalten. ♦

Sabine Oberhauser ist seit 2006 SPÖ-Nationalratsabgeordnete und Bereichssprecherin für Gesundheit.

TERMINE

Montag, 1. 11.

Gedenken

Auf dem Wiener Zentralfriedhof findet am 1. November der traditionelle Gedenkmarsch des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und der sozialdemokratischen Organisationen zum Gedenken an die Opfer des Faschismus statt. Beim „Mahnmal für die Opfer des Faschismus 1934 - 1945“ wird der Wiener Landespartei-Sekretär, LAbg. Christian Deutsch, sprechen. In der Gedenkstätte der Gruppe 40 wird der Präsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, BM a.D. Rudolf Edlinger, der Opfer der NS-Justiz 1938 - 1945 gedenken.

Treffpunkt:

9.00 Uhr Zentralfriedhof, 2.Tor, 1110 Wien

9.30 Uhr Beginn des Gedenkmarsches



Zinner

Sozialminister Rudolf Hundstorfer diskutiert gemeinsam mit Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer die Strategien gegen die Armut.

Dienstag, 2. 11.

Präsentation und Podiumsdiskussion

Die Volkshilfe Österreich hat im Zuge ihrer Projekte zum Europäischen Jahr gegen Ar-

mut und Ausgrenzung mit Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und der Wiener Städtischen Versicherung auch den Zusammenhang zwischen Armut und Pflege untersucht. Alle Interessenten sind herzlich zur Präsentation der Ergebnisse und dem anschließenden Round Table mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer eingeladen. Am Round Table nehmen neben Minister Hundstorfer auch Josef Weidenholzer, (Präsident Volkshilfe Österreich), Peter Kranz, (Wiener Städtische Versicherung), Peter Hacker (Fonds Soziales Wien) und Landesrätin Karin Scheele teil.

Beginn: 11.30

Ort: Wiener Städtische Versicherung

Ringturm, 20. Stock

Schottenring 30

1010 Wien

Donnerstag, 4. 11.

Buchpräsentation

Die Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (WIWIPOL) lädt in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik anlässlich der US-Kongresswahlen 2010 zur Präsentation des Buches „Brennpunkte der Weltpolitik“ ein. Neben einer Einleitung zum Buch von Peter Jankowitsch (Bundesminister a.D. für auswärtige Angelegenheiten) wird der Autor, ORF-Sonderkorrespondent Eugen Freund, eine aktuelle Analyse der US Kongresswahlen 2010 geben. Im Anschluss werden Franz Nauschnigg (Leiter der Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen in

der Oesterreichische Nationalbank), Christoph Prantner (Ressortleiter Außenpolitik, Der Standard) und Paul Schmidt (Generalsekretär, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik) Kurzstatements zum Thema „Halbzeit Obama - eine Zwischenbilanz aus europäischer Sicht“ abgeben. Abschließend steht Eugen Freund am Büchertisch für Signaturen seines Werkes zur Verfügung.

Um Anmeldung zu dieser Veranstaltung wird gebeten: **office@wiwipol.at** bzw. unter Tel. 319 44 47 oder Fax: 319 44 49.

Beginn: 10 Uhr

Oesterreichische Nationalbank (OeNB)

Kassensaal

Otto-Wagner-Platz 3

1090 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Theresa Aigner, Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Christian Novotny, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wt. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.respekt.net

Investitionen für ein besseres Zusammenleben

Respekt.net ist eine Online-Plattform für gesellschaftspolitisches Engagement der Zivilgesellschaft. Erklärter Auftrag der Betreiber der Plattform ist es, gesellschaftlich relevante Ideen in Form von Projekten, mit potentiellen, finanziellen Unterstützern zu vernetzen. Großer Vorteil der Internet-Plattform ist die Möglichkeit, interessante Projekte schnell und unkompliziert einem großen Publikum zugänglich zu machen. Privatpersonen, Vereine und auch Unternehmen können ihre Projektideen auf Respekt.net veröffentlichen. Die potentiellen Sponsoren können dort einen Eindruck von den Projekten gewinnen und mit einer kleineren oder größeren Spende das Projekt ihrer Wahl unterstützen.

pliziert einem großen Publikum zugänglich zu machen. Privatpersonen, Vereine und auch Unternehmen können ihre Projektideen auf Respekt.net veröffentlichen. Die potentiellen Sponsoren können dort einen Eindruck von den Projekten gewinnen und mit einer kleineren oder größeren Spende das Projekt ihrer Wahl unterstützen.





Im Bundeskanzleramt ...

... gab es auch im heurigen Jahr wieder die Möglichkeit, Österreichs Regierungsmitglieder wie Bundeskanzler Werner Faymann, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek oder Staatssekretär Josef Ostermayer persönlich zu treffen.

Vor der Angelobung ...

... standen am Nationalfeiertag 1.200 Rekruten des österreichischen Bundesheeres. In ihren Festansprachen betonten Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann und Verteidigungsminister Norbert Darabos erneut die Wichtigkeit und Notwendigkeit der immerwährenden Neutralität Österreichs.



Bei einer Preisverleihung ...

... wurde Ibrahim Soliman von der HLM Ebensee von Bundesministerin Claudia Schmied mit dem „school fashion award“ ausgezeichnet. Der junge Designer darf nun mit einem Stand für seine Schule bei der Modemesse „Modopalast“, die im April im Museumsquartier stattfindet, dabei sein.

Hinter die Kulissen ...

... der österreichischen Politik konnten die 10.000 Besucherinnen und Besucher im Parlament blicken. Auch am „Tag der offenen Tür“ 2010 konnte wieder das Parlament besichtigt, mit Politikern geplaudert und mehr über die Entstehung von Gesetzen gelernt werden.

